

Sprachliche Mittel in der Kommunikation zwischen Fachleuten und zwischen Fachleuten und Laien im Bereich des Rechtswesens

Vor mehr als 2000 Jahren ließ der Tyrann Dionysius von Syrakusa die Gesetze so hoch aufhängen, daß sie kein Bürger lesen konnte. Hegel vergleicht in seiner Rechtsphilosophie dieses Unrecht mit der Tatsache, daß das Recht seiner Gestalt nach nur denen zugänglich gemacht wird, die sich – wie er es ausdrückt – gelehrt darauf legen.¹ Heute kann jeder Bürger, wenn er will, alle Gesetze lesen, es scheint jedoch, daß sich seit Dionysius im Prinzip nicht viel geändert hat: sind nicht Gesetze auch heute noch zu hoch aufgehängt, und zwar auf der Abstraktions- und Begriffsleiter der Sprache?

Das Recht herrscht durch Gesetze, diese beherrschen wiederum das Recht, sagen die Juristen. Gesetze sind für alle da und gehen uns alle an. Werden sie aber auch in einer Sprache abgefaßt, die wir alle verstehen? Denjenigen, die behaupten, daß es weder möglich, noch notwendig sei, sie zu verstehen, und daß es genüge, wenn Richter, Beamte und Anwälte die Vermittlerrolle zwischen dem Gesetz, amtssprachlichen Schriften und dem Bürger übernehmen, kann entgegengehalten werden, daß gerade diese Vermittlertätigkeit in ihren verschiedenen Bereichen gezeigt hat, daß es möglich ist, die abstrakte Rechtssprache bürgernäher zu machen. Da es keinen Menschen gibt, "der nicht unter dem Recht lebt und ständig von ihm berührt und gelenkt ist"², müßte die Frage ihrer sprachlichen Vermittlung zu den zentralen Anliegen in der Gesellschaft gehören.

Mit dieser Frage bin ich bereits bei der Hauptproblematik meines Themas angelangt. Die Argumentationen im Bereich der Thematik "Sprache und Recht" im letzten Jahrzehnt haben gezeigt, daß man sich gewiß der Rolle der Sprache im rechtswissenschaftlichen Denken und in der juristischen Praxis bewußt ist. Diese Erkenntnis hat jedoch weder in der Juristenausbildung noch in den verschiedenen rechtlichen Instanzen zur Änderung der Tatsache geführt, daß die sprachliche Kommunikation im Rechtswesen immer noch durch Verständnisbarrieren verhindert werden kann in Situationen, wo dies nicht der Fall sein dürfte, z.B. in der Hauptverhandlung vor Gericht.

Grundsätzliches zu dieser Frage habe ich in einer Untersuchung mit dem Titel "Sprache als Problem und Werkzeug des Juristen" 1967 dargelegt³, wo u.a. auch die Strukturmodelle älterer konkreter Rechtssprache mit der neueren verglichen werden.

Ziel meines Vortrages ist es, einige Fragenkomplexe zu erörtern, die mit der sprachlichen Kommunikation im Rechtswesen zusammenhängen. Er gliedert sich in zwei Abschnitte. Der erste beschäftigt sich mit der Fachsprache "Rechtssprache" als Kommunikationsmittel der Juristen. Der zweite geht auf Situationen ein, in denen die Rechtssprache nicht ausreicht und der Jurist gezwungen ist, seine sprachlichen Mittel der Gemeinsprache anzunähern. Hier wird die Problematik der Kommunikation zwischen juristischen Fachleuten und Experten anderer Disziplinen, wie z.B. zwischen Richter und Sachverständigen, gestreift. Ferner wird auf die Kommunikation zwischen Fachleuten und Laien, wie Richter/Rechtsanwalt und Angeklagter/Zeuge, eingegangen.

Einleitend einige prinzipielle Feststellungen zur Rechtssprache und zu ihrer Verbindung mit der Gemeinsprache.

Die juristische Fachsprache, die Rechtssprache⁴, unterscheidet sich von mancher anderen Fachsprache vor allem dadurch, daß sie Ausdrücke enthält, die der Form nach mit denen der Gemeinsprache übereinstimmen, auf der Inhaltsebene aber von der semantischen Struktur der Gemeinsprache abweichen können. Gründe für die Anlehnung an die Gemeinsprache sind einerseits darin zu suchen, daß Gesetze und Urteile sich an die Allgemeinheit richten, andererseits aber darin, "daß das Rechtsdenken in besonders weitem Umfang an die allgemein erfahrbaren Gegebenheiten des menschlichen Daseins anknüpft und in weiten Bereichen auf Beschreibung der natürlichen 'vorrechtlichen' Beziehungen und Handlungen der Menschen angewiesen ist".⁵

Die Wechselwirkung zwischen den beiden Bereichen ergibt sich laut Neumann-Duesberg (1949: 10) wie folgt: "Einerseits erscheinen die umgangssprachlichen Begriffe in der Rechtssprache wieder, bzw. wird ein Teil davon zu juristischen Begriffen präzisiert, oder ein noch kleinerer Teil davon neu formuliert..., andererseits fließen manche neu geprägten Gesetzesausdrücke in die Alltagssprache zurück."

Hieraus ergeben sich aber auch schon die Grundprobleme im Verhältnis von Sprache und Recht, wodurch die Sprache zu einem Problem für den Juristen und das, was der Jurist sagt, zu einem Problem für den Laien wird. Nehmen wir einen Gesetzestext. Ihn zu verstehen heißt, wie Zippelius (1972: 483) darstellt, "den Gesetzesworten jene allgemeinen Vorstellungen zuzuordnen, die mit ihnen bezeichnet sein sollen". Diese sind aber keineswegs immer eindeutig. Es kann z.B. verschiedene Ansichten darüber geben, wann ein "Mensch" als Rechtssubjekt oder auch im Sinne eines Tötungsverbotes vorhanden ist.⁶ Die Diskussion des § 218 hat das wieder einmal deutlich gezeigt.

Schwierigkeiten entstehen beispielsweise auch, wenn gemeinsprachliche Wörter wie *Mensch, Geburt, Tier, Verwandtschaft, Sache, Dunkelheit, Nachtruhe* durch den juristischen Gebrauch auf einige von der Gemeinsprache abweichende Verwendungsweisen festgelegt werden, wobei der "fachlich-juristische Sinngehalt" abhängig ist "von der Funktion die der Begriff innerhalb der jeweiligen Norm zu erfüllen hat".⁷ Um ein Beispiel zu geben: Nach § 1589 BGB galten bis 1969 ein unehliches Kind und sein Vater als nicht verwandt; im Strafrecht jedoch gelten sie von jeher als verwandt, s. § 173. Ein derartiger Unterschied ist für einen Laien, besonders für einen Biologen, unverständlich. Für den Juristen stellt er kein Problem dar, da es hier dem Recht nur um diejenigen Rechte und Pflichten geht, die als "Rechtsfolgen" anerkannt sind.⁸

Zum Problem wird die Sprache dem Juristen vor allem dann, wenn er den Fachkreis verläßt. Die Verwendung der Rechtssprache ist aber nie nur auf Fachkreise beschränkt — in der Auslegung und im Rechtsverfahren ebenso wie im Rechtsspruch muß die Rechtssprache in den Bereich der Primärsprache steigen, genau wie die Sprache des Physikers und Chemikers, wenn Forschungsergebnisse in die Praxis umgesetzt werden sollen.⁹ Auch das Bürgerliche Gesetzbuch kann vorschreiben, daß die Normen der Primärsprache beachtet werden sollen. § 157 sagt z.B. "Verträge sind so auszulegen, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte es erfordern". Die Schwierigkeit liegt jedoch darin, daß die Normen der Primärsprache, besonders im semantischen Bereich, von Gruppe zu Gruppe variieren können. § 157 BGB demonstriert auch sehr anschaulich ein Mittel, das die Rechtssprache als Fachsprache unexakt macht, aber für sie notwendig ist: die "unbestimmten" oder "wertausfüllungsbedürftigen Rechtsbegriffe". Es sind Ausdrücke wie "Treu und Glauben", "gute Sitten", "wichtiger Kündigungsgrund", "Wert" u.a. Diese werden im Einzelfall, nach den jeweiligen örtlich und zeitlich herrschenden Anschauungen oder "anderen rechtserheberischen Umständen", in spezifischer Weise gewertet, d.h. ausgelegt.¹⁰

Dies führt uns nun, als eines der semantischen Beispiele der rechtssprachlichen Formulierung, zur Frage der Kommunikation zwischen Juristen.

Die juristische Ausbildung lehrt die fachsprachlichen Termini — wer z.B. *Hausbesitzer* als "Grundstückeigentümer", *Besitz* als "tatsächliche Sachherrschaft" und *Eigentum* als "rechtliche Verfügungsmacht" versteht, hat dies von den fachsprachlichen semantischen Strukturen aus beschrieben.¹¹ Für ihn ist es auch natürlich, daß ein PKW als "umbauter Raum" definiert wird und daß man wie im § 418 BGB vom "verhafteten Gegenstand" spricht, obwohl nach der heutigen gemeinsprachlichen Gebrauchsnorm nur Personen, nicht Gegenstände verhaftet werden können. Außer dem

schon erwähnten *unbestimmten* Rechtsbegriff verwenden Juristen auch *bestimmte* Rechtsbegriffe, formal aus der Gemeinsprache: *Kauf, Tausch, Miete, Beleidigung* usw. Das formale Mittel, um die juristische Bedeutung dieser Wörter zu fixieren, ist "zumeist nichts anderes als die Beschreibung ihrer rechtserheblichen natürlichen Merkmale im sogenannten gesetzlichen Tatbestand" ¹².

Der lexikalische Bereich der juristischen Fachsprache ist gekennzeichnet durch verschiedene Abstraktionsebenen. Auf der nächsten Ebene sind beispielsweise Fachwörter für nicht unmittelbar faßbare, sondern "nur noch definierbare rein gedankliche Phänomene" ¹³. Dadurch werden verschiedene Beziehungen und Handlungen wie: *Willenserklärung, Gläubigerverzug, Mängelhaftung* zum Ausdruck gebracht.

Das Ergebnis noch weitergehender Abstraktion sind rechtswissenschaftliche Begriffe, ausgedrückt durch *Unterlassungsklage, Idealkonkurrenz, Subsidiarität*.

Was die Syntax betrifft, so ist der Jurist geschult, aus Satzungenetümen wie das berühmte Beispiel der Definition von *Eisenbahn* die für seine Zwecke notwendige Information herauszugreifen.

"Ein Unternehmen, gerichtet auf wiederholte Fortbewegung von Personen oder Sachen über nicht ganz unbedeutende Raumstrecken auf metallener Grundlage, welche durch ihre Konstistenz, Konstruktion und Glätte den Transport großer Gewichtsmassen beziehungsweise die Erzielung einer verhältnismäßig bedeutenden Schnelligkeit der Transportbewegung zu ermöglichen bestimmt ist und durch diese Eigenart in Verbindung mit den außerdem zur Erzeugung der Transportbewegung benutzten Naturkräften (Dampf, Elektrizität, tierischer oder menschlicher Muskeltätigkeit, bei geeigneter Ebene der Bahn auch schon durch eigene Schwere der Transportgefäße und deren Ladung usw.) bei dem Betriebe des Unternehmens auf derselben eine verhältnismäßig gewaltige (je nach den Umständen nur in bezweckter Weise nützliche oder auch Menschenleben vernichtende und die menschliche Gesundheit verletzende) Wirkung zu erzeugen fähig ist."

Entscheidungen in Zivilsachen, Bd. 1, 247, Definition des Reichsgerichts für den Begriff der "Eisenbahn" im Haftpflichtgesetz.

Nicht nur die Terminologie, sondern auch die syntaktische Darstellungsweise kennzeichnet die Rechtstexte, die die Juristen auslegen und die ihnen als Grundlage des Fachgesprächs dienen. Die durch Ableitungen dominierende komplexe Darstellungsweise kann in einem Satz verschiedene Situationsbeschreibungen ausdrücken, vom Standpunkt der Gemeinsprache aus aber nicht akzeptabel sein, weil das Verständnis darunter leidet. Wieviel Genitive nacheinander kann man z.B. bewältigen? § 72 aus dem Reichsmilchgesetz ist beim ersten Lesen oder Hören keineswegs unproblematisch: "Auf das Verfahren bei der Zustellung der Ladungen nach Artikel V sind die Vorschriften der Zivilprozeßordnung über Zustellung von Amts wegen

mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, daß ...” Vor allem in bezug auf das Reichsmilchgesetz von 1930, wo auch Feststellungen vorkommen wie z.B. “Die Kühe müssen vor ihrer Benutzung als Markenkühe für geeignet befunden werden”, hat der preußische Ministerpräsident die Erklärung an den preußischen Staatsminister gegeben, daß er einer schlichten, einfachen und verständlichen Sprache in Gesetzen und Verordnungen staatspolitische Bedeutung beimesse.¹⁴

Seitdem sind fast 50 Jahre vergangen — wann hat es eine juristische “Sprachreform” im Sinne der Annäherung an die Primärsprache gegeben? Die Frage ist nicht neu. Ihre Schwierigkeiten spricht Goethe in “Dichtung und Wahrheit” an: “Die Rechtsgelehrten, von Jugend auf gewöhnt an einen abstrusen Stil, welcher sich in allen Expeditionen, von der Kanzlei des unmittelbaren Ritters bis auf den Reichstag zu Regensburg, auf die barockste Weise erhielt, konnten sich nicht leicht zu einer gewissen Freiheit erheben ...”¹⁵ Ihre Notwendigkeit wird von Dölle unterstrichen: “Die Amtssprache muß sich, soweit möglich, der mündlichen Umgangssprache annähern, muß versuchen, ohne an Präzision einzubüßen, abstrakte Kunstausdrücke der Gesetze durch konkrete Bezeichnungen zu ersetzen, mit denen der Laie eine anschauliche Vorstellung verbindet.”¹⁶

Verstehen sich die Juristen? Für eine im wesentlichen gemeinsame Interpretationsstruktur bei der Textauslegung scheint die Feststellung zu sprechen, daß die Denkweise der Jurisprudenz durch den Entscheidungszwang¹⁷ geprägt wird. Jedoch sieht die Praxis oft anders aus. Ich denke hier gar nicht so sehr an unterschiedliche theoretische Überlegungen bezüglich der Auslegung der Gesetzestexte und Vertragsklauseln, sondern an die einfache Tatsache, daß die juristische Sprache des Gesetzes keineswegs so eindeutig und scharf ist, wie man erwarten könnte und wie häufig angenommen wird. Engisch (1975: 78 f.) weist darauf hin, daß der Gesetzgeber oft mit einem und demselben Wort innerhalb desselben Gesetzes und innerhalb verschiedener Gesetze einen verschiedenen Sinn verbindet. Dies ist z.B. bei den Wörtern *Beamter*, *Besitz*, *Eigentum*, *Fabrlässigkeit* u.a. der Fall — ich erinnere auch an den schon erwähnten Verwandtschaftsbegriff. Engisch (1975: 78) sieht den Grund in dem unvermeidlichen Eingehen der Begriffe in jeweils unterschiedliche systematische und teleologische Zusammenhänge. Die reine “Wortinterpretation” weicht der systematischen und teleologischen Interpretation. Der Linguist erkennt hier seine semantischen Methodenprobleme und die Rolle des linguistischen und soziokulturellen Kontextes wieder.

Ein Beispiel: In den Gesetzen kommt oft das Wort *Verursachung* vor, und zwar in zwei verschiedenen Inhaltssphären: als “Bedingungszusammenhang” und als “typischer Zusammenhang”. Nach einer Auslegung,

die sich der ersten Möglichkeiten bedient, wird jede noch so leichte Wunde, die durch irgendwelche Gründe zum Tode führt, als "ursächlich" für diesen gesehen. Legt man Verursachung als "typischen Zusammenhang" aus, ist dagegen nur eine solche Wunde als für den Tod "ursächlich" anzusehen, die typischerweise tödlich ist.¹⁸ – Welche Auslegung wählt nun der Jurist?

Im Rahmen dieser Darstellung ist es nicht möglich, der Vielschichtigkeit der Rechtssprache gerecht zu werden. Die sprachlichen Mittel der Gesetze muß man funktional bewerten: "Für den Gesetzgeber hat die Sprache nicht nur die Funktion, Gedanken auszudrücken, mit ihr sucht er auch mitmenschliches Verhalten zu beeinflussen: Die Sprache soll auch wirken".¹⁹

Wie wirkt sie? Die terminologischen und syntaktischen Fragen, die wir oben erörtert haben, erschweren die Verständlichkeit für Laien, Juristen dagegen können Auslegungsprobleme haben. Die Wirkung wird aber vor allem durch die Darstellungsstile erreicht, z.B. durch den Nominalstil, wobei die in den meisten Stillehren verpönten Bildungen mit dem Ableitungsmorphem *-ung* sehr beliebt sind, vgl. § 18 Neubaumietverordnung, 1962: "Die durch Wertverbesserungen entstandenen und entstehenden laufenden Aufwendungen sind in einer Berechnung zu ermitteln. In der Berechnung sind die Kosten der Wertverbesserung anzusetzen und die zu ihrer Deckung dienenden Finanzierungsmittel sowie die durch die Wertverbesserung entstehenden laufenden Aufwendungen anzuweisen". – Dieses Beispiel beleuchtet auch einen Stilzug, den die juristische Fachsprache mit anderen Fachsprachen gemeinsam hat, und zwar das Vermeiden von Synonymen. Das führt zu Wiederholungen, was im Gegensatz zum heutigen Stilideal der Gemeinsprache steht, die Variation verlangt. Dasselbe Zeichen soll ja in der juristischen Fachsprache möglichst immer dieselbe inhaltliche Funktion haben, denotativ und konnotativ.

Der Nominalstil hat aber vielfach seine Berechtigung in der Rechtssprache, gerade von der semantischen Struktur der deutschen Sprache her. Betrachten wir folgende Aussage: "Der Verein wird aufgelöst durch Eröffnung des Konkurses". Der Rechtsbegriff, der eine Wirkung verursacht, ist hier *Eröffnung des Konkurses*, der Begriff selbst als eine Einheit und nicht seine Entstehung, die zum Ausdruck käme, wenn statt dessen eine verbale Ausdrucksweise vorliegen würde, etwa "... dadurch, daß der Konkurs eröffnet wird". Wo jedoch dieser Unterschied nicht so relevant zu sein scheint, etwa im Satz "wenn der Minderjährige seine Einwilligung erteilt", kann der verbale Ausdruck einfacher und klarer sein. So ist es auch im § 41 BGB der Fall gegenüber der älteren Fassung. Man kann aber in den beiden Formulierungen Gradunterschiede finden: *Einwilligung erteilen* ist nachdrücklicher als *einwilligen*, nicht nur, weil *Einwilligung* als Rechtsbegriff funk-

tioniert, sondern weil durch dieses Substantiv das Ergebnis in den Vordergrund tritt und nicht die Tätigkeit bzw. der Akteur.

Von den Mitteln der Kommunikation zwischen Juristen kann die Verwendung der Metapher auffallen. Gerade deshalb, weil angenommen werden kann, daß die nach Exaktheit und Wirkung strebende Rechtssprache sich kaum auf dieselben Wege begeben könnte wie die Dichtung und z.B. eine bilderreiche Sprache verwendet. Jedoch — auch im Bereich der Metaphorik gibt es Gradunterschiede, und eine Übertragung, ein Bild kann sogar der Exaktheit dienen, indem es abstrakte Tatbestände veranschaulicht und dies häufig mit Eindeutigkeit verbunden sein kann. In der Rechtssprache sagt man, daß "Ansprüche *untergehen*, Rechte *erwachsen* und *erlöschen*, ein Gesetz *in Kraft tritt*, an einen bestimmten Tatbestand eine bestimmte Rechtsfolge *geknüpft* wird"²⁰. Auch schon ein flüchtiger Blick auf die außerliterarische Sprache zeigt, daß man ohne Metaphern nicht auskommt, auch in der Wissenschaft nicht — von der Sprache der Kernphysik bis zur grammatischen Terminologie. Denn die Metaphern sind in der Fachsprache vom Standpunkt des Senders aus keineswegs der ästhetischen Wirkung wegen da, sondern für eine Kommunikation unter denen, die einem neuen Begriff eine sprachliche Form geben wollen. Die Metaphern sind in dieser Situation exakte Kommunikationen. In der Entwicklung des wissenschaftlichen Denkens spielen sie zweifelsohne eine wichtige Rolle. Sie ermöglichen die Handhabung der Objekte, die der wissenschaftlichen Analyse noch kaum zugänglich sind.²¹

Da Recht nicht etwas Ahistorisches ist, und nicht etwas, wie Säcker in seinen rechtsquellentheoretischen Bemerkungen treffend feststellt, "das mit der Kodifikation abgeschlossen, unveränderlich da ist, sondern etwas in der Geschichte aufgrund der dominanten soziokulturellen, ökonomischen, technologischen und ideologischen Bedürfnisse sich Entwickelndes"²², ergibt sich die berechtigte Frage, wie weit sich die Rechtssprache, vor allem die Gesetzessprache, den Veränderungen in der Gesellschaft und in der Gemeinsprache anpaßt. Das Bürgerliche Gesetzbuch ist ein gutes Beispiel dafür, daß veralteter Sprachgebrauch unverändert neben Veränderungen und Neuprägungen weiterlebt. Vergleicht man die letzte Fassung mit den älteren, so kann bei Änderungen überall festgestellt werden, daß sie überwiegend aus sachlichen Gründen vorgenommen worden sind — so z.B. in verschiedenen Paragraphen des Familienrechts.²³ Statt *Gewalthaber* steht im § 4 jetzt *Eltern*; vgl. *Erziehungsberechtigter*. In § 1427 steht statt *Mann* jetzt *Ehegatte*.

Der Jurist würde nicht abstreiten, daß die Eltern gewiß eine Art "elterliche Gewalt" haben; das Wort *Gewalthaber* im Gesetzestext in diesem Kontext ist jedoch in mehrfacher Beziehung konnotationsbeladen und

die Änderung in *Eltern* resultiert auch sprachlich in einer anderen Ebene: Die Relation wird neutraler dargelegt.

Rein sprachliche Änderungen werden nicht immer vorgenommen, wie das Wort *Frauensperson* in § 847 BGB zeigt. Im semantischen System des heutigen Deutsch hat *Person* im Kontext mit einem Femininum überwiegend pejorative Konnotationen²⁴, und diese Art von Information liegt dem Gesetzgeber wohl fern. Er muß sich jedoch dessen bewußt sein, daß jede Art von Kommunikation auch gleichzeitig Information über den Sender gibt.

Ausschließlich sprachlich bedingte Umformulierungen sind aber jedesmal mit großen Schwierigkeiten verbunden, da neue Distributionen der Sprach-elemente auch neue Auslegungsmöglichkeiten mit sich bringen. So lehnte der Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages eine notwendige Neufassung des § 1446 des BGB 1952 mit der Begründung ab: "Der Ausschuß will es bei dieser Ausdrucksweise belassen, weil er befürchtet, die Rechts-sprechung könnte die neue Formulierung anders auslegen als die alte Fassung".²⁵ Der Paragraph lautet: "Ausgenommen sind Schenkungen, durch die einer sittlichen Pflicht oder einer auf den Anstand zu nehmenden Rücksicht entsprochen wird".

Der Gesetzgeber riskiert, wohl aus soziopolitischen Gründen, aber dennoch Veränderungen, sogar auf Kosten der morphosyntaktischen Einfachheit. Z.B. ist in § 9 II BGB die Wendung *die nur zur Erfüllung der Wehrpflicht dienen* in der neueren Fassung ersetzt worden durch *die nur auf Grund der Wehrpflicht Wehrdienst leisten*. *Dienen* "für jemanden wirken" wird vom Gesetzgeber vermieden — der moderne Soldat *dient* nicht. *Dienen* gehört semantisch zu den Wörtern, die eine Unterordnung implizieren. Hier können wir allerdings Rücksichtnahme auf die gemeinsprachlichen Konnotationen eines Wortes feststellen.

Der juristische Sprachgebrauch darf sich natürlich weder gegenüber dem Rechtshandeln noch der Gemeinsprache verselbständigen. Dieser Befürchtung wäre entgegenzuhalten, daß es verschiedene Anstöße zur Relativierung der konventionellen Methodik dogmatischer Rechtswissenschaft gegeben hat²⁶, vor allem seit der neuen Hinwendung zur Rhetorik, bei der die Ausführungen zur topischen Jurisprudenz von Vieweg hervorzuheben sind.²⁷

Einerseits macht man sich heute Gedanken über die Präzisierung der Rechtssprache, andererseits mißt man dem Gebrauch der Gemeinsprache eine wichtige Rolle zu und fordert einen allgemeinverständlicheren Sprachgebrauch. Unter Aspekten juristischer Topik lassen sich Berührungspunkte zwischen Gemeinsprache und Rechtssprache finden.

Wir verlassen nun die Kommunikation in der Rechtssprache und über die Rechtssprache und problematisieren die Kommunikation zwischen dem Juristen und Experten aus anderen Disziplinen.

Es ist als Maxime anzusehen, daß der Richter die Aussagen der am Prozeß Beteiligten verstehen soll und umgekehrt genauso. Aber auch von einem Sachverständigen müßte man erwarten dürfen, daß er seine Erklärungen und Wertungen in einer vom Gericht verstandenen Sprache vorlegt. Schwierigkeiten bieten hier fachsprachliche Ausdrücke aus anderen Wissenschaften, vor allem medizinische und technische Termini, die auch durch Verdeutschungen für einen Nichtfachmann nicht deutlicher werden. Die Gutachten müßten so abgefaßt sein, daß sie die Begriffe für alle Beteiligten klarlegen, wenn nötig, unter Zuhilfenahme von "visible speech", Demonstrationsmaterial und anderer semiotischer Mittel. Näher untersucht werden müßten allerdings Fälle, auf die Lautmann in seiner Arbeit "Justiz – die stille Gewalt" 1972 hinweist. Er stellt fest, daß die Kooperation von Justiz und Psychiatrie noch unerforscht sei, wenn es darum ginge, Bürger zu entmündigen sowie in Nervenheilanstalten einzuweisen. Die ärztlichen Gutachten würden ganz selten kritisiert, obgleich diese oft voll Stereotypen und moralisierenden Wendungen und in offensichtlicher Eile verfaßt worden sind.

Betrachten wir die Mittel der mündlichen Kommunikation, z.B. zwischen Richter und Angeklagten, so sehen wir, daß die verbalen Mittel, also *was* jemand sagt, keineswegs alleinbestimmend sind. Das *Wie*, die Art und Weise, wie der Sprecher seine Worte darlegt, kann für den Hörer – für sein soziales und emotionales Verhalten – ebenso bedeutsam sein wie das *Was*. Ausgedrückt in der linguistischen Fachsprache: die parasprachlichen und kinesischen Mittel sind als Informationsträger auf der Dimension des Beziehungsaspekts ebenso wichtig wie das auf der Dimension des Inhaltsaspekts Gesagte: sie bilden eine Einheit.²⁸

Auch ohne diese fachsprachliche Aussage, durch die gleichzeitig linguistische Verständnisbarrieren demonstriert werden sollten, sollte aus der Tatsache der *Wie-* und *Was-*Einheit hervorgehen, daß es methodisch nicht richtig ist, verbale Zeichen bei gesprochener Kommunikation zu früh von anderen mit der Aussage verbundenen Zeichen zu isolieren.

Thomas Mann hat sicher auch Merkmale der Partnerbezogenheit im Sinn gehabt, wenn er in seinen "Betrachtungen eines Unpolitischen" behauptet: "Schon das selbstverständliche 'Vor dem Gesetz sind alle gleich' ist nur Theorie; denn schon vor dem Richter sind sie es nicht mehr; der Kluge verteidigt sich besser als der Einfältige, der Freche besser als der Timide, der Reiche mit dem guten Anwalt besser als der Arme, und das gleiche gilt überall im öffentlichen Leben".²⁹

Aus einer Untersuchung des sozialen Verhaltens von 18 Richtern in Gerichtsverhandlungen, die Tausch und Langer durchgeführt haben, geht hervor, daß "Richter des öfteren Angeklagte als Personen minderer Würde und Achtung behandeln". Dies drückt sich in geringschätzigen Äußerungen wie "Sie wissen ja nischt!" oder "Nun machen Sie doch hier nicht so eine jämmerliche Figur!" aus. Aber auch das Gegenteil kann belegt werden; der Richter sagt: "Bitte entschuldigen Sie, ich verstehe Sie so schlecht!"³⁰

Dies ist ein keineswegs unwichtiges Kriterium, da Entmutigung und Geringschätzung die Schaffung eines Klimas verhindert, das eine Voraussetzung für ergiebige Interaktion ist. Friedrich Kainz (1955:23 f.) erörtert verschiedene Maßnahmen, die es ermöglichen, die forensische Fragetechnik zu verbessern. Hierher gehören außer der Herstellung des "seelischen Kontakts zwischen Verhörendem und Aussagendem" als notwendige Voraussetzung eines Gesprächs u.a. auch "die Anpassung der Vernehmungsweise an Eigenart, Bildungsstand und Altersstufe des Zeugen".

Wichtig ist vor allem die Anpassung an die sprachlichen Fähigkeiten des Aussagenden. In der Technik der Aussagegewinnung – bei Vernehmung, beim Verhör usw. – tauchen häufig Verständnisschwierigkeiten auf. Bei Gross (1905) finden sich anschauliche Beispiele dafür, daß nicht selten Richter und Zeugen verschiedene Sprachen sprechen. Die juristisch abstrakt formulierten Fragen, z.B. "Haben Sie seinerzeit das Verhalten des Angeklagten für dolos gehalten?", versteht der Zeuge oft kaum, und häufig steht wiederum der Richter hilflos den umgangssprachlichen und mundartlichen Ausdrücken der Zeugen oder Angeklagten gegenüber, ebenso wie er deren euphemistische Ausdrucksweise nicht versteht oder Schwierigkeiten mit der Auslegung ihrer Gestik und Mimik hat. Man muß berücksichtigen, daß die Kommunikation nicht nur durch verbale Formen, sondern auch durch nonverbale verläuft, von denen die Gestik und Mimik selbständige Informationsträger sein können, häufig aber mit den verbalen eine funktionale Ganzheit bilden.

Eine Barriere taucht nicht nur durch die Sprache, sondern auch durch die Information auf, die durch Schweigen entsteht. Daß der Angeklagte schweigt, kann auf Schüchternheit oder Nicht-Verstehen beruhen, es kann aber als Trotz interpretiert werden. Da die Sprache einer Gerichtsverhandlung so spezifisch sein kann, daß, wie Lautmann (1972:65) feststellt, allenfalls ein Gebildeter aus der oberen Mittelschicht hier folgen und sich gelegentlich einschalten kann, sind die unmittelbar Betroffenen häufig vom Mitreden ausgeschlossen, obwohl sie als Informationsträger etwas zu sagen hätten. Dem Rechtsanwalt kommt hier eine wichtige Funktion zu: als Übersetzer der Fachsprache in die Gemeinsprache. Ist er darauf vorbereitet?

Auch auf den Zeugen muß sich der Richter in seinem sprachlichen Verhalten einstellen, und gleichzeitig muß er versuchen, ihn zu verstehen. Es entstehen Schwierigkeiten, nicht nur wenn von Krankheiten oder technischen Fragen die Rede ist, sondern auch bei Mehrdeutigkeit der Alltagswörter wie bei *laufen*, das als Gegensatz zu "fahren" oder als Gegensatz zu "langsam gehen" gilt. Bei *Dunkelheit* oder *Dämmerung* können die Ansichten verschieden sein, ebenso wie bei Farben. Was für einen grau ist, sieht der andere als blau an. Idiolektale Verschiedenheiten können sich bei ganz konkreten Ausdrücken immer geltend machen. Kainz (1955:23) gibt ein anschauliches Beispiel. "So behauptet eine Dame, in einer bestimmten Gegend gebe es keinen Wald; ein anderer Besucher der nämlichen Landschaft sagte das Gegenteil aus. Die Lösung des Widerspruchs lag darin, daß die Dame nur den ihr aus der Heimat vertrauten dunklen Forst aus Nadelhölzern als Wald ansprach, während Laubbaumbestände für sie kein Wald waren".

Bei Krankheiten oder organischen Zuständen sind Laiendiagnosen mit großer Vorsicht zu bewerten, z.B. *Hirnentzündung* für *Hirnhautentzündung* (Meningitis) oder *Blindheit* für *Sehbehinderung* (Die Grenze zwischen Sehbehinderung, Sehrest und Blindheit ist fließend).

Bei Kindern als Zeugen ist es wichtig, ihre kommunikative Alterskompetenz zu kennen, um beurteilen zu können, ob sie wirklich über Selbsterlebtes berichten und nicht Erwachsenenformulierungen einfach wiedergeben. Wann kennt das Kind den Unterschied zwischen einer *geschlossenen* und *verschlossenen* Tür? Oder versteht eine im Passiv gestellte Frage?³¹ Es ist auch notwendig, mit der speziellen Familienausdrucksweise vertraut zu sein.

Abschließend sei eine für die Kommunikation im Rechtswesen nicht unwichtige Frage angeschnitten. Inwiefern ist es berechtigt, Laien Kenntnisse der Rechtssprache zu unterstellen? Und zwar in amtlichen Schriftstücken.

Bei Lautmann (1972:103) findet sich ein Beispiel dafür, daß das Gericht das Schweigen — in diesem bestimmten Fall das Nichtreagieren auf einen Brief — als eine bestimmte Antwort auslegt. Eine Kammer, die sich mit Beschwerden von Leuten befaßt, die in Heilanstalten oder Erziehungsheime eingewiesen werden, verwendet als Antwort folgenden Vordruck:

"Ihr Schreiben vom ... ist der Kammer vorgelegt zur Prüfung, ob es sich um eine Beschwerde handelt. Da Ihr Schreiben dies nicht klar erkennen läßt, wollen Sie den untenstehenden Abschnitt ausfüllen und umgehend zurücksenden. Der Rücksendung wird binnen einer Frist von einer Woche entgegengesehen. Nach fruchtlosem Fristablauf wird angenommen, daß Sie eine Beschwerde nicht haben erheben wollen. Die Akten gehen dann an das Amtsgericht ohne erneute Überprüfung und Sachentscheidung zurück.

Hochachtungsvoll"

Haben die vom "fruchtlosen Fristablauf" Betroffenen stets verstanden, was man von ihnen gefordert hat? Wenn man aber von vornherein weiß, daß sie es nicht verstehen, warum drückt man sich nicht anders aus? Hatte man es hier doch mit einer ganz bestimmten Zielgruppe zu tun.

Wir kommen zum Ende der Betrachtungen. Klarheit, Schlichtheit und Verständlichkeit wird in verschiedenen Handbüchern als das Ideal der Rechtssprache aufgestellt – das sind Prinzipien, die für jegliche sprachliche Kommunikation gelten. Um das zu erreichen, muß der Jurist vor allem lernen, über die grundlegende Bedeutung der Sprache und ihre Funktionen im menschlichen Leben nachzudenken. Er lernt, daß das Recht "Wesenselement der Gemeinschaft"³² ist, in die ein Mensch hineingeboren wird, und daß das Recht daher uns alle angeht. In der Juristenausbildung hat er aber kaum die Möglichkeit zu erfahren, daß die Sprache noch primärer ist, denn ohne Sprache kann keine Gemeinschaft, keine soziale Institution und auch nicht das Recht funktionieren.

Wir brauchen eine soziosemantisch orientierte Rechtslinguistik für die Juristenausbildung mit besonderen angewandten Zielen: Vom Training der interaktionalen Kompetenz vor Gericht bis zu Übersetzungsübungen aus der Rechtssprache in die Gemeinsprache. Vor allem aber müßte ein Jurist die Fähigkeit erwerben, sprachplanend in seinem Bereich tätig zu sein, um z.B. interdisziplinär zusammen mit Linguisten für die Vereinfachung und dadurch Demokratisierung der Rechts- und Verwaltungssprache zu wirken. Dieser Aufgabe sollte man sich nicht länger entziehen!

Anmerkungen

- 1 Nach Engisch (1975:78).
- 2 Engisch (1975:7).
- 3 Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie 53.
- 4 Zur Rechtssprache als Fachsprache s. Horn (1966); Mellinkoff (1963); Schmidt (1972:390 ff.); Seibert (1977:15 f.).
- 5 Müller-Tochtermann (1959:91).
- 6 Vgl. hierzu Engisch (1975:108 f.).
- 7 Juristenzeitung 1957, S. 104.
- 8 Vgl. Engisch (1975:15 f.).
- 9 Oksaar (1967: 95 f.).
- 10 Vgl. hierzu Engisch (1975:108 f.); Zippelius (1972:484 f.).
- 11 Vgl. Seibert (1977:15 f.).

- 12 Müller-Tochtermann (1959:90).
- 13 Ebd. 90.
- 14 Siehe hierzu Oksaar (1967: 114).
- 15 Dichtung und Wahrheit. Sämtliche Werke, Bd. 3, 295.
- 16 Dölle (1949:47).
- 17 Zu diesem Problemkomplex s. Ballweg (1970:84 f., 108 f.).
- 18 Engisch (1975:101).
- 19 Clauss (1963:390).
- 20 Dölle (1949:26); weitere Beispiele bei Oksaar (1967:101ff.)
- 21 Vgl. hierzu Fonagy (1963:118).
- 22 Säcker (1972:216).
- 23 Das Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957 und das Familienrechtsänderungsgesetz vom 11.8.1961.
- 24 Schon 1910 bezeichnete Eberhard Lyons Synonymwörterbuch mit "Frauenperson" nur eine Frau "niedrigeren Standes".
- 25 Verhandlungen des deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode 1953. Zu Drucksache 3409, S. 10.
- 26 Siehe Krawietz (1972:16 f.).
- 27 Siehe Viehweg (1969) und (1972).
- 28 Vgl. zu diesen Aspekten Oksaar (1976:105 f.).
- 29 Berlin 1918, 262.
- 30 Tausch/Langer (1971:283, 295).
- 31 Vgl. hierzu Oksaar (1977:194 f.).
- 32 Engisch (1975:7).

Literaturverzeichnis

- Albert, H./Luhmann, N./Maihofer, W./Weinberger, O. (1972) (Hrsg.): Rechtstheorie als Grundlagenwissenschaft der Rechtswissenschaft. Düsseldorf.
- Ballweg, O. (1970): Rechtswissenschaft und Jurisprudenz. Basel.
- Clauss, K. (1963): Semantik im Dienste des Rechts. In: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie 49.
- Dölle, H. (1949): Vom Stil der Rechtssprache. Tübingen.
- Engisch, K. (1975): Einführung in das juristische Denken. Stuttgart, 6. Aufl.
- Fonagy, I. (1963): Die Metaphern in der Phonetik. Den Haag.
- Gross, H. (1905): Kriminalpsychologie. Leipzig.
- Horn, D. (1966): Rechtssprache und Kommunikation. Berlin 1966.

- Kainz, F. (1955): Gerichtliche Sprachpsychologie. Probleme der Aussage und des wahren Berichtes. In: Sprachforum I, 20 - 33.
- Krawietz, W. (1972): Juristische Methodik und ihre rechtstheoretischen Implikationen. In: Albert et al. (Hrsg.), 12 - 42.
- Mellinkoff, D. (1963): *The Language of the Law*. Boston, Toronto.
- Müller-Tochtermann, H. (1959): Struktur der deutschen Rechtssprache. In: *Muttersprache* 69, 84 - 92.
- Oksaar, E. (1967): Sprache als Werkzeug und Problem des Juristen. In: *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie* 53, 91 - 132.
- (1976): Berufsbezeichnungen im heutigen Deutsch. Soziosemantische Untersuchungen (= *Sprache der Gegenwart* 25). Düsseldorf.
- (1977): *Spracherwerb im Vorschulalter. Einführung in die Pädolinguistik*. Stuttgart.
- Säcker, F.-J. (1972): Die Konkretisierung vager Rechtssätze durch Rechtswissenschaft und Praxis. In: *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie* 58, 215 - 236.
- Schmidt, J. (1972): Einige Bemerkungen zur Präzision der Rechtssprache. In: Albert et al. (Hrsg.), 390 - 438.
- Seibert, Th.M. (1977): *Zur Fachsprache in der Juristenausbildung*. Berlin.
- Tausch, A.-M./Langer, I. (1971): Soziales Verhalten von Richtern gegenüber Angeklagten. Merkmale, Auswirkungen sowie Änderung durch ein Selbst-Training. In: *Zf. f. Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie*, 3, 283 - 303.
- Viehweg, Th. (1969): *Topik und Jurisprudenz. Ein Beitrag zur rechtswissenschaftlichen Grundlagenforschung*. München, 4. Aufl.
- (1972): Notizen zu einer rhetorischen Argumentationstheorie. In: Albert et al. (Hrsg.), 439 - 446.
- Zippelius, R. (1972): Der Typenvergleich als Instrument der Gesetzesauslegung. In: Albert et al. (Hrsg.), 482 - 490.